

den Wettkampfkontrollen und den bisherigen angemeldeten Trainingskontrollen neuerdings auch ausserhalb der Trainings mit sogenannten «on the spot»-Kontrollen zu rechnen. Die Spitzensportler haben demzufolge den Dopingverantwortlichen des SOV vor wichtigen Wettkämpfen jeweils ihren Aufenthaltsort zu melden, damit sie jederzeit kontrolliert werden können. Ab dem ersten Quartal 2000 werden für diese anspruchsvollen Kontrollen sogar professionelle Teams eingesetzt.

4. Als ganz wesentlichen Punkt betrachte ich die Neuerungen in Sachen Strafverfahren. Nach der geltenden Regelung obliegt die Strafgewalt den Behörden der Sportverbände. Das ist eine grosse Schwäche, das gestehe ich ein. Hier muss dringend etwas geändert werden. Gewissermassen als Vorstufe zur geplanten zentralen Strafbehörde für Dopingfälle ist seit dem 1. Januar 1999 ein Delegierter für Dopingfälle im Amt. Die Schaffung der zentralen Strafbehörde wird momentan bei der Fachkommission für Dopingbekämpfung vorbereitet.

5. In den komplexen Bereichen der Dopingbekämpfung sind die Koordination aller Forschungsbemühungen und das Erlassen international anerkannter Normen unerlässlich. Das schweizerische Kontrollkonzept – das sich von internationalen abhebt –, die dabei angewandten Methoden und das eingesetzte Material finden auch international grosse Beachtung.

Als Sportfunktionär im Eishockey und als Mitglied des SOV bin ich von Berufes wegen an klaren Verhältnissen in Sachen Dopingkontrollen sehr stark interessiert. Es ist mir aber auch ein Anliegen, hier für das Image des Sports eine Lanze zu brechen. Seit den Vorfällen an der Tour de France 1998 und der nachfolgenden Medien- und Politikampagne haben viele Leute den Eindruck, alle Leistungssportler seien wandelnde Dopingsünder. Dass dem nicht so ist, zeigen etwa die Werte aus dem Eishockeysport. Alle 168 in der Saison 1998/99 durchgeführten Dopingkontrollen in den beiden obersten Ligen der Eishockey-Nationalliga waren negativ. Von ebenso guten Resultaten könnten auch noch viele andere Sportverbände berichten. Man darf nicht wegen einigen schwarzen Schafen den ganzen Sport in den gleichen Topf werfen und verteufeln.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Forderungen des Initianten zwar berechtigt sind; aber der Weg über ein eigenes Gesetz wird sowohl vom Bundesrat als auch von der Kommissionsmehrheit nicht als richtig angesehen. Es darf nicht sein, dass nach Dopingfällen jeweils der Appetit auf parlamentarische Vorstösse ins Unermessliche steigt. So gesehen können wir mit einem Nein zur Parlamentarischen Initiative Grobet zusätzlich auch noch einen Sparbeitrag leisten. Mit einem Eingriff in die Regeln des Sports gemäss der Parlamentarischen Initiative Grobet würden wir den Sport nur in einem einzigen Teilbereich entmündigen. Der Sport könnte dann vom Staat zu Recht verlangen, dass er auch in anderen Bereichen Verantwortung zu übernehmen habe und die anstehenden Probleme lösen müsse. Sie gehen wohl mit mir einig, dass dies aus verschiedenen – nicht zuletzt auch wirtschaftlichen – Gründen undenkbar ist. Die ausgiebige Diskussion rund um das Dopingwesen unterstreicht den klaren Auftrag, den der Sport von der Politik erhalten hat, nämlich die Dopingproblematik mit grösster Intensität anzupacken. Wenn ich mich zusammen mit der Kommissionsmehrheit gegen die Parlamentarische Initiative einsetze, heisst das nicht etwa, dass wir Dopingvergehen «mit Samthandschuhen» anfassen möchten, ganz im Gegenteil. Aber wir sind der Meinung und der Überzeugung, dass der Sport dieses Problem intern lösen soll. Die vorhin erwähnten Massnahmen des SOV, ergänzt durch die neuen Bestimmungen im Heilmittelgesetz und im Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport, zeigen auf, dass man auf dem rechten Weg ist.

Die SGK beschloss an ihrer Sitzung vom 13. August mit 9 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen, Ihnen zu beantragen, der Initiative keine Folge zu geben. Ich bitte Sie namens der Kommissionsmehrheit und des Bundesrates, der Initiative keine Folge zu geben.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: On ne peut, sur le principe, que souscrire à l'initiative parlementaire Grobet. Sur le fond, on ne peut être que d'accord avec M. Grobet. Toutefois, il a, malheureusement, manifestement un longueur de retard.

La commission s'est penchée d'abord sur des problèmes de définition. Où finit un traitement légitime et où commence le dopage abusif? Comment effectuer la distinction de fond entre le surentraînement dans des situations dommageables pour le corps humain, en gymnastique artistique par exemple, et le dopage médicamenteux? Toutefois, contrairement aux affirmations de M. Grobet, la commission a dû constater que les dispositions prises dans le cadre de la loi sur les produits thérapeutiques et de la loi fédérale encourageant la gymnastique et les sports, que nous examinerons lors de la prochaine session de printemps, vont très largement à la rencontre de ses vœux.

Non seulement la prescription et l'administration des médicaments doivent répondre à une indication thérapeutique, mais toute action par l'entourage d'un athlète qui pourrait concourir au dopage sous une forme ou sous une autre tombe sous le coup d'une sanction pénale. Les directives du Conseil de l'Europe qui vont dans ce sens se voient déjà matérialisées de par la loi française, y trouvent par conséquent également leur application pratiquement complète. La seule lacune persistante a trait au secret médical en cas d'intervention de la justice, sur laquelle il y aura probablement lieu de revenir à l'avenir.

La commission a pris note au passage que la Commission des affaires juridiques a également débattu de son côté de l'opportunité d'une répression pénale des athlètes concernés, et que cette dernière l'a jugée inopportune. Ceci constitue également une réponse à l'initiative parlementaire Günter sur l'aspect pénal de la question, que la commission avait déjà traitée et à laquelle notre Conseil vient de ne pas donner suite, sur proposition de ladite commission.

Le cadre légal en voie d'être mis en place prochainement a le mérite de ne pas laisser aux seules associations sportives la responsabilité de prendre les mesures nécessaires pour lutter contre ce fléau. Par conséquent, la majorité de la commission estime que les différentes adaptations légales envisagées font un pas suffisamment significatif en direction de l'initiative parlementaire et qu'il n'y a pas lieu de mettre sur pied une loi spécifique à cet effet.

La commission vous demande ainsi, par 9 voix contre 6 et avec 2 abstentions, de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Grobet.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 47 Stimmen

Dagegen 88 Stimmen

98.438

**Parlamentarische Initiative
(Schlüer Ulrich).
Abberufung
von amtierenden Bundesräten
Initiative parlementaire
(Schlüer Ulrich).
Destitution
de conseillers fédéraux**

Einreichungsdatum 09.10.98

Date de dépôt 09.10.98

Bericht SPK-NR 11.11.99

Rapport CIP-CN 11.11.99

Schlüer Ulrich (V, ZH): Meine Parlamentarische Initiative verfolgte die Absicht, eine Referendumsmöglichkeit zu schaf-

fen, die den Verbleib oder die Abberufung eines Bundesrates dem Volk zur Entscheidung unterbreiten würde.

Ich habe an sich durchaus Verständnis dafür, dass eine Kommission zum Schluss kommt, sie wolle eine bestimmte Frage gar nicht weiter diskutieren. Ich möchte auch durchaus einräumen, dass in der Kommission selber eine meines Erachtens zwar kontroverse, aber doch sachliche Diskussion über den von mir eingebrachten Vorschlag geführt werden konnte. Umso erstaunter war ich dann, als ich die Medienverlautbarung der Kommission über diesen Vorstoss zur Kenntnis nahm. Es tönte so, als würde dieser Vorstoss eine Dauerhatz auf Bundesräte beabsichtigen, als wolle man das politische System in diesem Land aus den Angeln heben. Man vermeinte beinahe zu verspüren, wie der Pulverdampf eines Staatsstreichs einem ums Haupt wehte.

Wie lauten denn die anerkannten politischen Grundsätze bezüglich der Verantwortungsträger in diesem Land? Grundsatz ist, dass jeder Verantwortungsträger in diesem Land gewählt werden muss. Aber ebenso selbstverständlicher demokratischer Grundsatz ist, dass ein Verantwortungsträger auch abgewählt werden kann. Auch das ist eine Freiheit, die dem Souverän zusteht. Ich schlug Ihnen mit meiner Parlamentarischen Initiative vor, ein rechtsstaatliches Verfahren für eine solche Abwahlmöglichkeit zu suchen und wenn möglich auch zu finden. Ich unterbreite meinen Vorschlag in der Form der allgemeinen Anregung. Mit einer allgemeinen Anregung wird Gesprächsbereitschaft bekundet; man nimmt für sich nicht in Anspruch, man habe die Lösung schon fertig auf dem Tisch. Dagegen anzuführen, man hecke im Grunde eine Revolution, einen Staatsstreich aus, das geht dann doch etwas weit.

Solch überzogene Argumentation ruft zwangsläufig nach der Frage: Was sind denn die Motive, die zu derart abstrusen Schlussfolgerungen führen? Hängen diese etwa damit zusammen, dass Machthaber in Zusammenhang mit Bundesratssitzen und -wahlen gerne auch einmal gewisse Mätzchen spielen lassen wollen? Zum Beispiel dann – da wende ich mich an den Vertreter der Kommission, der für die erwähnte Presseerklärung zuständig ist, an Herrn Leu –, wenn eine Partei unversehens einen Bundesratsrücktritt etwas vorziehen möchte, damit bei einer Gesamterneuerungswahl keine wirklich freie Wahl mehr stattfinden kann? Zugegeben, das sind Vorgänge, die man gewöhnlich nicht in aller Öffentlichkeit über die Bühne zu bringen versucht; das erledigt man lieber hinter verschlossenen Türen, hinter dem Rücken der Öffentlichkeit.

Wenn Sie solches suchen, dann darf ich Ihnen sagen: Geniessen Sie das! Geniessen Sie es, am Souverän vorbei zu politisieren; geniessen Sie es, solange Sie es noch können.

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die Kommission beantragt mit 17 zu 3 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben.

Angenommen – Adopté

99.435

**Parlamentarische Initiative
(RK-SR).
Parlamentarische Immunität
Initiative parlementaire
(CAJ-CE).
Immunité parlementaire**

Einreichungsdatum 13.08.99

Date de dépôt 13.08.99

Bericht RK-SR 13.08.99 (BBI)

Rapport CAJ-CE 13.08.99 (FF)

Stellungnahme des Bundesrates 15.09.99 (BBI 1999 9880)

Avis du Conseil fédéral 15.09.99 (FF 1999 9184)

Ständerat/Conseil des Etats 28.09.99

de Dardel Jean-Nils (S, GE), pour la commission: Le Conseil des Etats, au travers d'une initiative de sa Commission des affaires juridiques, a adopté une modification de la loi sur la responsabilité, modification qui concerne l'immunité relative des parlementaires. La version adoptée par le Conseil des Etats vise à ce que l'immunité parlementaire relative soit définie de manière plus étroite, plus circonscrite. Une tentative de même nature a été faite par le Conseil des Etats au début des années nonante, mais a été refusée nettement par notre Conseil.

L'actuelle version adoptée par le Conseil des Etats constitue en réalité la conséquence absolument directe de l'affaire de l'immunité relative de M. Keller Rudolf. Vous vous rappelez que l'immunité de ce parlementaire avait été levée par le Conseil national. Mais de son côté, le Conseil des Etats, à deux reprises, s'était refusé à lever l'immunité de M. Keller, en sorte que cette immunité n'a pas été levée.

A l'unanimité, la Commission des affaires juridiques de votre Conseil considère que ce nouveau projet adopté par le Conseil des Etats constitue une mauvaise manière d'affronter le malaise suscité par l'affaire de M. Keller. Ce malaise ne pourra être supprimé que lorsque les deux Chambres auront le courage, en cas de gravité évidente des faits, de lever l'immunité relative du parlementaire dont il s'agira. C'est donc par une pratique conséquente qu'il faut résoudre le problème, et ce n'est pas en modifiant la loi d'une manière inadaptée ou d'une manière qui consiste à se donner bonne conscience.

La Commission des affaires juridiques a aussi considéré que la solution du Conseil des Etats impliquait des problèmes d'interprétation plus importants que ceux de la loi actuelle. La solution du Conseil des Etats nous a donc semblé n'apporter aucune solution convaincante dans la pratique.

A l'unanimité, la Commission des affaires juridiques de votre Conseil vous recommande de ne pas entrer en matière.

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die Kommission beantragt Nichteintreten.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats